

Absender:
Anschrift:
.....
Auskunft erteilt:
Herr/Frau:
Tel.-Nr:
E-Mail:

An den
AAV – Verband für Flächenrecycling und
Altlastensanierung
Postfach 80 01 47
45501 Hattingen

Datum:

Anmeldung eines Projekts

zur Aufnahme in den Maßnahmenplan des AAV

1. Angaben zur Fläche (Name, Anschrift, Größe)

1.1 Bezeichnung (einschließlich der ortsüblichen Benennung der Altablagerung/des Altstandortes)

.....
.....
.....

1.2 Bezeichnung der Grund-/Flurstücke:

Gemarkung Flur Flurstücknummer(n)

Gesamtgröße der angemeldeten Fläche in m²

2. Angaben zu den gesetzlichen Voraussetzungen

2.1 Handelt es sich bei dem angemeldeten Projekt um eine schädliche Bodenveränderung gemäß § 2 Abs. 3 BBodSchG oder eine Altlast gemäß § 2 Abs. 5 BBodSchG oder um eine Maßnahme des Flächenrecyclings gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 AAVG?

schädliche Bodenveränderung gemäß § 2 Abs. 3 BBodSchG

Altlast gemäß § 2 Abs. 5 BBodSchG

Flächenrecyclingmaßnahme gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2 AAVG

2.2 Wenn es sich um eine Flächenrecyclingmaßnahme handelt:

Besteht für die Fläche schon ein konkretes Konzept zur Art der Folgenutzung?

.....

2.3 Wenn es sich um eine schädliche Bodenveränderung oder eine Altlast handelt:

Stand der Gefährdungsabschätzung gem. § 9 BBodSchG i. V. m. § 3 BBodSchV

- abgeschlossen
- begonnen, voraussichtlich beendet bis
- geplant, voraussichtlich beendet bis
- keine

2.4 Stand der Sanierungsuntersuchung gem. § 13 BBodSchG i. V. m. § 6 BBodSchV sowie Anhang 3 zur BBodSchV

- abgeschlossen
- begonnen, voraussichtlich beendet bis
- geplant, voraussichtlich beendet bis
- keine

Liegt bereits ein Sanierungsplan vor?

- ja, vom
- nein

Wenn ja, wurde der Sanierungsplan von der zuständigen Behörde gem. § 13 Abs. 6 BBodSchG bereits für verbindlich erklärt?

- ja, vom
- nein

2.5 Sollen die erforderlichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Rahmen der Ersatzvornahme durchgeführt werden?

- ja
- nein

Liegen Ordnungsverfügungen vor? Wenn ja, welchen Datums und mit welchem Inhalt?

.....

.....

Stand der Ersatzvornahme

- keine
- beabsichtigt
- in Ordnungsverfügung angedroht und angeordnet
- festgesetzt

Ist die Ersatzvornahme durch Rechtsmittel des/r Sanierungspflichtigen in der Vollziehbarkeit gehemmt?

- nein
- ja, durch welche?
-

2.6 Wurde/wird mit dem/den Sanierungspflichtigen ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen, der den Anforderungen des § 55 VwVfG NW entspricht und wirtschaftlich ist?

- ja (bitte Kopie beifügen)
- geplant (soweit schon vorhanden, bitte Entwurf beifügen)
- nein

2.7 Sollen die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr im Vorgriff auf eine spätere Feststellung der Ordnungspflicht eines Sanierungspflichtigen durchgeführt werden?

- ja
- nein

2.8 Kann ein Sanierungspflichtiger zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen herangezogen werden?

- ja
- teilweise
- nein

Der/die Sanierungspflichtige ist finanziell

- nicht leistungsfähig
- teilweise leistungsfähig

Bitte Erläuterung und Belege beifügen (siehe Punkt 5 a und Anlage „Leistungsfähigkeit“) bzw. Prüfungsumfang zur Leistungsfähigkeit erläutern.

2.09 Besteht bei dem angemeldeten Grundstück eine Sanierungspflicht der Gemeinde (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 AAVG) ?

ja

nein

Wenn ja, warum?
Bitte Unterlagen (z. B. Grundbuchauszug, sofern Gemeinde Eigentümer ist, beifügen).

2.10 Kommen natürliche Personen als Eigentümer oder dinglich berechnigte Nutzer von Wohngrundstücken als Sanierungspflichtige in Betracht?

ja (bitte Anlage „private Hauseigentümer“ ausfüllen)

nein

3. Angaben zum beantragten Projekt

3.1 Art der vorgesehenen Maßnahme(n)

Sanierungsuntersuchung

Sanierungsplanung

Sanierung

3.2 Sollen Maßnahmen durchgeführt werden, die über die Gefahrenabwehr hinausgehen (Flächenrecycling im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 2 AAVG)?

ja

nein

Wenn ja, bitte kurze Erläuterung beifügen, welche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und welche zum Flächenrecycling des Grundstückes durchgeführt werden sollen.

.....
.....
.....

3.3 Für die Durchführung der geplanten Maßnahmen erforderliche Ausgaben (Schätzung):

für die Sanierungsuntersuchung: € einschl. USt.

für die Sanierungsplanung: € einschl. USt.

für die Sanierung: € einschl. USt.

Wie wurden die Kosten bestimmt? (ggf. bitte Aufstellung/Erläuterungen beifügen)

.....

In welchem Jahr wurden die Kosten bestimmt?

Kosten der Maßnahmen, die über die Gefahrenabwehr hinausgehen:

..... € einschl. USt.

3.4 Verteilung der Gesamtkosten auf die Kalenderjahre?

Jahr € einschl. USt.

Jahr € einschl. USt.

Jahr € einschl. USt.

Jahr € einschl. USt.

3.5 Sonstige Fördermittel

Wird oder wurde die beantragte Maßnahme gleichzeitig bei Landesförderprogrammen oder bei sonstigen Institutionen zwecks Förderung angemeldet?

Nein

ja, bei welchen?

.....

4. Ergänzende Erläuterungen (ggf. auf gesondertem Blatt beifügen)

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

5. Unterlagen/Anlagen zur Anmeldung des Projekts

Neben dem vorliegenden Formblatt sind des weiteren folgende Unterlagen - entsprechend dem Einzelfall - beim AAV einzureichen:

- a) ein aktueller Sachstandsbericht zur angemeldeten Altlast, ggf. mit historischer Entwicklung,
- b) eine Gefahrendarstellung der zuständigen Behörde im Sinne von § 9 BBodSchG und § 4 BBodSchV,
- c) Grundbuch-Auszüge mit Eigentümer-Verzeichnis einschließlich Flurkarte,
- d) Auszüge aus dem Handelsregister ggf. mit Gesellschafter-Liste, Unterlagen zur Gewerbean- und -abmeldung,
- e) Lagepläne/Karten sowie Gutachten (Gefährdungsabschätzung, Sanierungsuntersuchung, Sanierungskonzept, Sanierungsplanung etc.),
- f) Auszüge aus der Karte zum Altlasten-Kataster,
- g) die Bescheinigung der fehlenden oder teilweisen finanziellen Leistungskraft des/r Sanierungspflichtigen (Anlage „Leistungsfähigkeit“) durch die zuständige Behörde bzw. eine schlüssige Darstellung der zuständige Behörde, warum der/die Sanierungspflichtige(n) zur Durchführung der Maßnahmen der Gefahrenabwehr nicht herangezogen werden kann/können,
- h) Anlage „private Hauseigentümer“ (nur wenn natürliche Personen als Eigentümer oder dinglich berechnigte Nutzer von Wohngrundstücken als Sanierungspflichtige in Frage kommen),
- i) Belege über den Stand der Ersatzvornahme, z. B. Kopie(n) der Ordnungsverfügung(en), Festsetzung der Ersatzvornahme etc., sowie ggf. Kopien der Gerichtsurteile bzw. -beschlüsse,
- j) Kauf-, Miet- und/oder Pachtverträge etc.,
- k) ggf. Kopie oder Entwurf des öffentlich-rechtlichen Vertrags mit dem/den Sanierungspflichtigen gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 AAVG,
- l) ggf. Unterlagen zur Gesamtrechtsnachfolge des verursachenden Betriebes.

Darüber hinaus sind bei Projekten mit Maßnahmen zur weitergehenden Sanierung/Flächenrecycling noch folgende Unterlagen einzureichen:

- m) Stellungnahme zum derzeitigen Planungs- und Baurecht,
- n) Beschreibung der zukünftigen Nutzungsabsichten sowie die hierzu erforderlichen Planungsverfahren einschließlich eines Zeitplanes,
- o) Auflistung und Erläuterung bestehender Nutzungsbeschränkungen sowie
- p) erforderlicher Maßnahmen der Freilegung, der Baureifmachung und der Erschließung einschließlich einer groben Kostenschätzung.

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)